

Jahresmitgliederversammlung 17. März 2017 Information

„Linksnaher Unternehmerverband OWUS „ist kein politisches Neutrum!“ – unter diesem Motto hätte die diesjährige Jahresmitgliederversammlung von OWUS Berlin-Brandenburg am 17. März 2017 in Potsdam stehen können. Mit einer Beteiligung von über 40% war die Jahresversammlung gut besucht. In der Diskussion sprachen 10 Mitglieder und Gäste, auch dies eine sehr erfreuliche Quote.

Im Referat des Vorstands (siehe http://www.owus.de/owus_berlin_brandenburg.html) betonte der Vorsitzende, Dr. Rolf Sukowski, dass sich der Verband als politischer Verband betrachtet und sein Wirken auch weiterhin auf die zielgerichtete Verbesserung der sozialen Lage der Kleinunternehmer und Solo-Selbständigen konzentrieren und alternativen Wirtschaftsmodellen, wie der Gemeinwohlökonomie, große Beachtung schenken wird. Bezogen auf die wirtschaftliche und soziale Lage vieler kleiner Unternehmer und Selbständigen forderte er die politischen Parteien auf, sich auf ihre ursprüngliche Verantwortung zu besinnen, mit den Menschen in Kontakt zu bleiben, ihnen zuzuhören und die Chance zu geben, ihre Probleme zu benennen. Der Vorstand hob diesbezüglich hervor, dass die Linkspartei ihr Engagement für die Lösung sozialer Absicherung der Solo-Selbständigen in den letzten Monaten spürbar erhöht hat. Dies werde auch von anderen Verbänden positiv wahrgenommen. Hervorgehoben wurde die Initiative der drei Landesregierungen von Thüringen, Brandenburg und Berlin, im Bundesrat den Vorstoß zu unternehmen, das Problem der bezahlbaren Krankenversicherungsbeiträge für Selbständige einer Lösung zuzuführen.

In der Diskussion unterstrichen mehrere Mitglieder die Notwendigkeit, den Druck gegenüber der Politik für eine dringende Verbesserung der Bezahlung von Solo-Selbständigen bspw. an Hochschulen und anderen Bildungseinrichtungen zu erhöhen. Mit einem durchschnittlichen Monatshonorar von ca. 850 € stellt sich die Gesellschaft selbst ein Armutszeugnis aus. Dr. Irene Gebauer berichtete aus eigenen Erfahrungen an verschiedenen Hochschulen und nannte die Zahl von 6.000 Lehrbeauftragten an Berliner Hochschulen, die 60% der Lehrveranstaltungen absichern. Durch die von den Landesregierungen für freie Mitarbeiter vorgegebene Beschränkung der Semesterwochenstunden müssen sich diese Solo-Selbständigen an mehreren Einrichtungen verdingen, und das in der Regel immer nur für ein Semester – Folgeauftrag offen. Zum gleichen Thema sprachen auch weitere Mitglieder. Joachim Sroka schlug vor, als Grundlage für ein Mindesthonorar das auf die Stunde umgerechnete Tarifgehalt eines gleichqualifizierten Angestellten der betreffenden Branche mit einem Aufschlagfaktor zu verrechnen. Als Beispiel für den Metallbau nannte er für Zeitarbeiter den üblichen Aufschlagfaktor von 2,2 auf den Tarifstundenlohn, ein selbständiger Metallbauer müsste dagegen mit einem Faktor 4 – 5 kalkulieren. Wolfgang Ackermann, Kleinunternehmer im Baugewerbe mit einem Teilzeit-Arbeitnehmer, verwies auf die nachwievor verbreitete Mentalität „Geiz ist geil“ und den dadurch ausgeübten Druck auf die notwendigen Stundenverrechnungssätze im Handwerk. Er forderte eine Stärkung der regionalen Wirtschaftskreisläufe, um dem Handwerk vor Ort Aufträge zu geben, und dabei auch auf das Qualitätssiegel Meisterbrief zu achten. In seinem Beitrag verwies Dr. Jürgen Meergans auf die Verantwortung der öffentlichen Hand. Am Beispiel der Weiterbildung für Hartz-IV-Empfänger benannte er die sich in den letzten Jahren immer weiter verschlechterten Bedingungen für die eingesetzten Lehrkräfte. Er forderte, dass bei von der öffentlichen Hand finanzierten Bildungsmaßnahmen verbindliche Standards zur Bezahlung der freien Mitarbeiter gesetzt werden. Am Beispiel der Honorarordnungen für Architekten verwies er jedoch auch auf die Schwierigkeit, bestehende Ordnungen tatsächlich durchzusetzen. Bei der großen Anzahl arbeitsloser Architekten in Berlin führt dies zu einem Verdrängungswettbewerb über Dumpinghonorare. OWUS sollte sich jedoch nicht nur auf Mindesthonorare konzentrieren, sondern in seiner politischen Arbeit auch gegen die voranschreitende Privatisierung auftreten. Durch diese Privatisierung bspw. im Gesundheitsbereich sind erst viele der Probleme für Solo-Selbständige entstanden, die wir heute kritisieren. Die Verantwortung der staatlichen Geldgeber benannte auch der Unternehmensberater und Sprecher der LAG Linke UnternehmerInnen Berlin Volker Fischer. Hilfesuchende Unternehmer können häufig die notwendige Beratung nicht bezahlen, auch weil Beratungsleistungen von der KfW u.a. staatlichen Stellen gedeckelt sind. Bezogen auf die Durchsetzbarkeit von Honorarforderungen nannte er die fehlende Marktmacht vieler Solo-Selbständiger als eine Ursache.

Grit Hallal vom LernSINN e.V. ging in ihrem Beitrag ebenfalls auf die notwendige Stärkung der regionalen Kreisläufe ein. Jeder sollte sich die Frage stellen, wo bringe ich meinen Euro hin? Bringe ich ihn zu einem Filialisten eines Handelskonzerns oder zum kleinen Laden um die Ecke? Dieser gemeinwohlorientierte Ansatz wird vom LernSINN e.V. u.a. im Bereich der Weiterbildung vertreten. Dabei geht es nicht nur um ökologische, sondern auch um soziale Nachhaltigkeit. Die gemeinwohlorientierten Unternehmen der Region sollten sich eine Plattform schaffen, um die wechselseitige Kooperation noch stärker zu entwickeln. Als Gast ergriff der Wirtschaftspolitische Sprecher der Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus Harald Grinda das Wort. Als ein Beispiel für gemeinwohlorientiertes Wirtschaften nannte er das Genossenschaftswesen. Er unterstrich die Notwendigkeit, diese Form des Wirtschaftens allseitig zu fördern.

Auch die Zwangsmitgliedschaft und hohe Pflichtbeiträge von Unternehmern in der IHK und Handwerkskammer wurde kritisiert. Uwe Zimmermann bezog sich auf das jüngste Unternehmerfrühstück im KulturGut Alt-Marzahn. Obwohl es eigentlich gar nicht auf der Tagesordnung stand, wurde es zu einem Hauptthema mit hohem Aufregungsgrad. Auch im bevorstehenden Bundestagswahlkampf muss auf diese Thematik nachdrücklich hingewiesen werden. Er beantragte, dass die Mitgliederversammlung den Vorstand beauftragt, sich gegenüber dem Parteivorstand der LINKE dafür einzusetzen, dass in das Wahlprogramm eine entsprechende Forderung aufgenommen wird.

In seinem Schlusswort zog der Vorsitzende des Vorstands Dr. Sukowski ein kurzes Fazit - der Verband wird den bevorstehenden Bundestagswahlkampf nutzen, den Forderungen der Solo-Selbständigen und Kleinunternehmer noch mehr Gehör zu verschaffen. Oder um mit Uwe Zimmermann zu sprechen, auch Zwerge können Schatten werfen, wenn das Licht richtig fällt!

Im Anschluss an die Mitgliederversammlung gab es bei dem vom Mitgliedsunternehmen Bildungsverein am Kreuzpfuhl e.V. vorbereiteten Imbiss und verschiedenen Getränken noch reichlich Gelegenheit, sich im kleinen Kreis auszutauschen. Mehrere Unternehmen hatten auch die Gelegenheit genutzt, die Teilnehmer der Mitgliederversammlung mit Werbematerial auf sich aufmerksam zu machen. Neben der neuesten Ausgabe des „neuen deutschland“ und „OXI – Wirtschaft für Gesellschaft“ sowie des SODI-Reports gab es Einladungen für eine Gemeinwohl-Veranstaltung des LernSINN e.V. mit Christian Felber Ende März in Berlin, Anträge für Kurzzeitabos der „jungen welt“ sowie Reiseangebote von tuk international. Große Aufmerksamkeit fand der Flyer für die wieder von tuk organisierte diesjährige Unternehmerfahrt vom 29. September bis 03. Oktober nach Wrocław. Ab sofort kann gebucht werden. Für den Erhalt des Bundesleistungszentrums für Judo in Frankfurt/Oder sprachen sich zahlreiche Anwesende mit ihrer Unterschrift unter eine entsprechende Petition aus. Auch der Aufruf des Bündnisses „Reichtum umverteilen – ein gerechtes Land für alle!“, in dem der OWUS- Dachverband als Träger mitwirkt, fand Aufmerksamkeit.